

»» Wachsende Nachfrage nach Hochqualifizierten lässt Einkommen ungleicher werden

Nr. 121, 16. März 2016

Autor: Martin Müller, Telefon 069 7431-3944, research@kfw.de

Die Unterschiede zwischen oberen und unteren Einkommen haben seit der Jahrtausendwende in Deutschland deutlich zugenommen. Während die Einkommen am oberen Ende erheblich gewachsen sind, stiegen sie am unteren langsamer als die Verbraucherpreise. Aufgrund der Umverteilung über Steuern und Sozialabgaben zählt Deutschland gleichwohl immer noch zu den Staaten mit den gleichsten Einkommen weltweit. Hält der Trend jedoch an, könnte ein Teil der Bevölkerung vom wachsenden Wohlstand abgekoppelt werden.

Eine Analyse der Ursachen legt nahe, dass ungleich verteilte Chancen wesentlich zur steigenden Einkommensungleichheit beitragen. Einkommen sind vorwiegend Arbeitseinkommen, und deren Höhe hängt maßgeblich vom Ausbildungsstand ab. Sollen alle sozialen Schichten die gleiche Chance auf wachsenden Wohlstand haben, müssten die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche aus Haushalten mit niedrigem Einkommen weiter verbessert werden. Dies würde auch jungen Zuwanderern bei der Integration in den Arbeitsmarkt helfen.

Eine Untersuchung für 146 Staaten zeigt, dass Investitionen in gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen nicht nur die unteren Einkommen anheben und damit die Ungleichheit verringern. Je mehr junge Menschen sich gut qualifizieren, umso wertvoller ist das Humankapital einer Volkswirtschaft und umso höher fallen Produktivität, Wachstum, Wohlstand und Lebenszufriedenheit für alle aus.

Im Jahr 2000 verdiente ein Haushalt der vom Einkommen zu den oberen 20 % zählt das 3,5-fache eines Haushalts, der zu den unteren 20 % zählt. Im Jahr 2014 verdiente er das 5-fache. Die vorliegende Studie analysiert und bewertet diese Entwicklung. Ein Schwerpunkt liegt auf dem internationalen Vergleich, da dieser im Licht der aktuellen Zahlen zu aufschlussreichen Erkenntnissen führt. Abschließend wird erörtert, wie der Staat die unteren Einkommensgruppen wirksam dabei unterstützen kann, ihre Einkommenschancen zu verbessern. Diverse Untersuchungen kommen zu dem Schluss, dass die soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems in Deutschland dazu weiter erhöht werden müsste.

Die Einkommen steigen, aber nicht für alle

In den letzten 20 Jahren stieg in Deutschland das verfügbare Einkommen aus Arbeit, Vermögen und monetären Sozialtransfers je Einwohner real um 9 %. 2014 betrug das verfügbare

bare Einkommen je Einwohner 20.900 EUR.¹

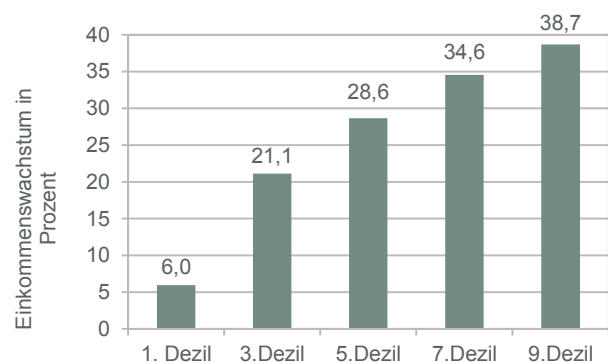
Doch nicht alle privaten Haushalte profitierten von dem Anstieg. Unterteilt man die Einkommenshierarchie in Dezile (Begriffe s. Box 1), so ergibt sich ein eindeutiges Bild: Je höher das Dezil, umso höher fielen die Einkommenssteigerungen aus (Grafik 1).

Von 2000 bis 2014 stiegen die verfügbaren Einkommen im 1. Dezil um 6,0 %, im 9. Dezil um 38,7 %.² Zum Vergleich: Die Verbraucherpreise erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 24,4 %. In den unteren vier Dezilen blieben die Einkommenssteigerungen dahinter zurück.³

Dass die Einkommensunterschiede deutlich zugenommen haben, zeigt auch der Gini-Koeffizient für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Von 2000 bis 2014 hat sich der Koeffizient nach Daten von Eurostat von 0,25 auf 0,31 erhöht (Grafik 2). Der Gini-Koeffizient auf Basis der Daten des Sozioökonomischen Panels des DIW (SOEP) bestätigt den deutlichen Anstieg der Einkommensungleichheit seit Ende der neunziger Jahre.⁴ Eurostat weist von 2012 bis 2014 eine weitere deutliche Zunahme der Einkommensungleichheit auf.

Grafik 1: Wachstum der Haushaltseinkommen von 2000 bis 2014

Je höher das Einkommen, umso höher die Steigerung.

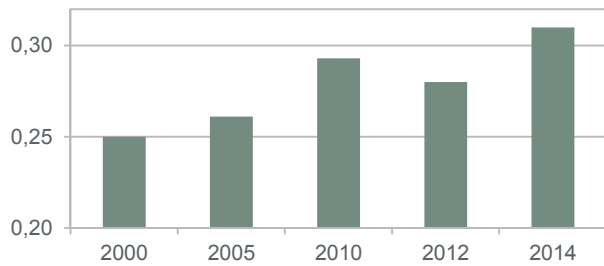


Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

Die Markteinkommen driften auseinander

Die Zunahme der Einkommensunterschiede ist im Wesentlichen auf die am Markt erzielten Löhne und Gehälter zurückzuführen. Betrachtet man die Einkommen vor Umverteilung durch Sozialleistungen, so stieg der Gini-Koeffizient allein

Grafik 2: Gini-Koeffizient für Deutschland

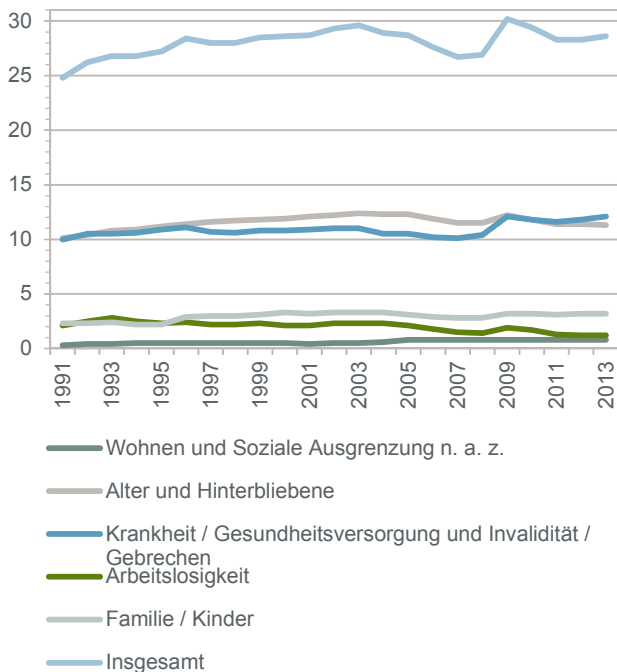


Quelle: Eurostat.

von 2005 bis 2014 von 0,49 auf 0,58.⁵ Die monetären Sozialleistungen verkleinern somit die gemessenen Einkommensunterschiede beträchtlich, konnten allerdings das Auseinanderdriften der Markteinkommen nicht ausgleichen.⁶

Staat und Arbeitgeber haben die Sozialleistungen in der Summe seit Ende der neunziger Jahre in Einklang mit dem wirtschaftlichen Wachstum erhöht. Der Anteil der Ausgaben für Sozialschutz am BIP stieg von 1991 bis 2000 um fast 4 Prozentpunkte auf 28,6 % und schwankte seitdem um diesen Wert. Allerdings hat sich die Bedeutung der unterschiedlichen Sozialleistungen verschoben (Grafik 3).

Grafik 3: Ausgaben für Sozialschutz in Prozent des BIP in Deutschland



Quelle: Eurostat.

Der Anteil der Ausgaben für Arbeitslosigkeit am BIP hat sich durch die verbesserte Arbeitsmarktlage auf 1,2 % im Jahr 2013 halbiert. Der Anteil der Ausgaben für Alterssicherung hat sich seit 2000 um einen halben Prozentpunkt auf 11,3 % des BIP verringert. Wesentliche Ursache dafür waren die moderaten Rentensteigerungen. Sie folgten den moderaten Steigerungen der Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer, die in

die Rentenanpassungsformel eingehen. Erhöht haben sich dagegen die Ausgaben für Gesundheitsversorgung, Invalidität und Gebrechen auf 12,1 % des BIP.

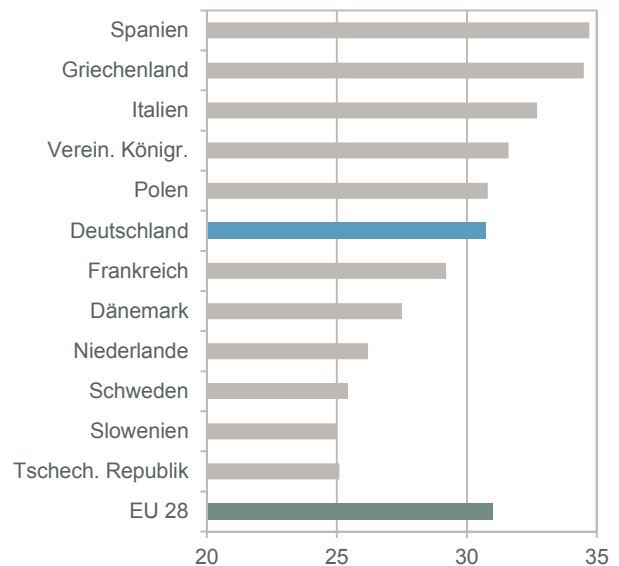
Nur wenige Länder haben gleichere Einkommen als Deutschland

Der internationale Vergleich zeigt, dass unser System der sozialen Umverteilung die Einkommensunterschiede immer noch relativ gering hält. Für 133 von 146 untersuchten Staaten ist der Gini-Koeffizient für die verfügbaren Haushaltseinkommen höher als für Deutschland.⁷ Wesentlich ungleicher sind die verfügbaren Einkommen in vielen afrikanischen und südamerikanischen Ländern verteilt mit Gini-Koeffizienten zwischen 0,5 und 0,65. Unter den reichen OECD-Ländern weisen die USA mit einem Gini-Koeffizienten von 0,4 die größten Einkommensunterschiede auf.

Die meisten Staaten, in denen die Einkommen gleicher verteilt sind, befinden sich in der EU. Die Unterschiede innerhalb der EU schwanken allerdings von Jahr zu Jahr und sind zum Teil so gering, dass sie angesichts der statistischen Ungenauigkeiten kaum bedeutsam erscheinen (s. Box 2 am Schluss). Die geringsten Gini-Koeffizienten in der EU errechnen sich 2014 für Slowenien und die Tschechische Republik mit je 0,25 (Grafik 4).

Grafik 4: Die Einkommensungleichheit in Deutschland entspricht dem EU-Durchschnitt

Gini-Koeffizienten 2014



Quelle: Eurostat.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für das S80/S20-Verhältnis (Definition Box 1). 2014 weisen 14 EU-Staaten ein geringeres S80/S20-Verhältnis als Deutschland auf. Am geringsten war es in der Tschechischen Republik, wo die Einkommen der oberen 20 % die der unteren um das 3,5-fache übersteigen.

Box 1: Maße und Definitionen

Haushaltseinkommen: Als Haushaltseinkommen werden hier, sofern nicht anders angegeben, die verfügbaren Nettoeinkommen bezeichnet. Diese umfassen alle Arbeitseinkommen, Vermögenseinkommen und Transfereinkommen, die den privaten Haushalten nach Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben zur Verfügung stehen. Um Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe vergleichbar zu machen, werden Äquivalenzeinkommen betrachtet. Zu ihrer Berechnung wird das Haushaltseinkommen durch die bedarfsgewichtete Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt. Entsprechend der OECD-Skala wird das erste erwachsene Haushaltsmitglied mit 1 gewichtet, jedes weitere mit 0,5 und jedes Kind mit 0,3.

Medianeinkommen: Das Medianeinkommen teilt die Einkommenshierarchie in zwei Hälften. Fünfzig Prozent der Haushalte haben ein geringeres, 50 % ein höheres Einkommen.

Quintile, Dezile, Perzentile: Quintile teilen die Haushalte in fünf gleich große Gruppen. Das 1. Quintil enthält die 20 % der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen, das 5. Quintil die 20 % mit den höchsten. Dezile teilen die Haushalte entsprechend in 10 Gruppen, Perzentile in 100.

Gini-Koeffizient: Der Gini-Koeffizient misst die Einkommensunterschiede auf einer Skala von 0 bis 1. Je näher der Koeffizient beim Wert 0 ist, umso gleicher sind die Einkommen verteilt.

S80/S20-Verhältnis: Quotient aus den Einkommen der Haushalte im oberen Quintil und den Einkommen der Haushalte im unteren Quintil.

Kaufkraftparitäten: Für internationale Vergleiche werden hier mit Kaufkraftparitäten umgerechnete Einkommen verwendet. Kaufkraftparitäten berücksichtigen, dass z. B. 1.000 EUR in Polen eine größere Kaufkraft haben als in Deutschland.

Hartz-IV liegt über dem Medianeinkommen von acht EU-Ländern

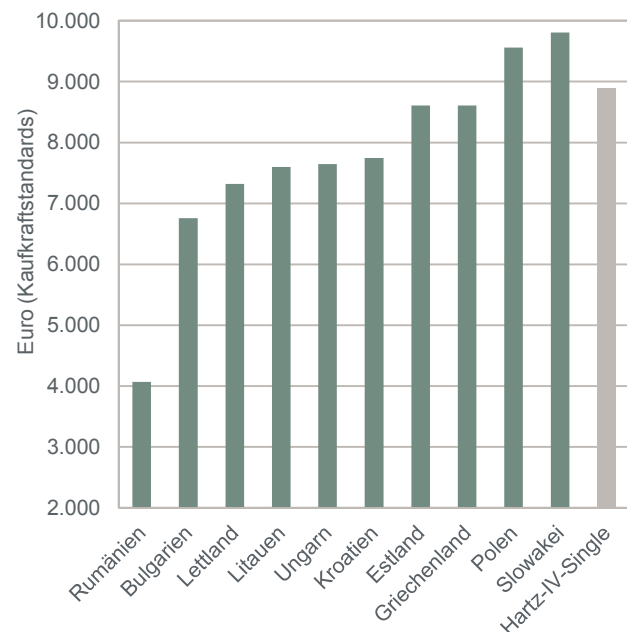
Unser System der sozialen Umverteilung macht Deutschland nicht nur zu einem der Länder mit den gleichsten Einkommen weltweit. Es sichert auch Geringverdienern ein Einkommen, das in weniger wohlhabenden EU-Staaten der Normalität entspricht.

Wer in Deutschland ein Einkommen in Höhe der Grundsicherung (Hartz-IV) bezieht, würde in den meisten ehemals sozialistischen EU-Ländern und Griechenland vom Einkommen her zur Mittel- oder Oberschicht gehören (Grafik 5). 2014 betrug das durchschnittliche Haushaltsbudget eines Singles, der von Hartz-IV lebt, rund 9.000 EUR. Das ist mehr als das (kaufkraftbereinigte) Medianeinkommen in acht EU-Staaten, darunter Estland, Kroatien und Griechenland. In Polen liegt das Medianeinkommen nur wenig höher als das eines

Hartz-IV-Singles, in Rumänien nicht einmal halb so hoch. Dabei sind noch nicht die staatlichen Sachtransfers berücksichtigt, die rund 40 % der Sozialtransfers in Deutschland ausmachen.

Grafik 5: In diesen EU-Ländern sind Haushalte mit Hartz-IV Einkommen Gut- oder Normalverdiener.

Medianes Haushaltseinkommen in Euro (KKP) 2014



Quelle: Eurostat, Bundesagentur für Arbeit.

Einkommensgleichheit stößt an Grenzen

Die Diskussion um die Einkommensverteilung wirft die Frage auf, wie viel Gleichheit wir in Deutschland erreichen können, ohne unseren Wohlstand zu gefährden. Eine empirische Antwort darauf kann man finden, indem man untersucht, ob es Länder mit ähnlich hohem oder höherem Wohlstand gibt, in denen die Einkommen gleicher verteilt sind.

Für Dänemark ermittelte Eurostat für die Jahre 1995 und 1997 einen Gini-Koeffizienten von 0,2 und ein S80/S20-Verhältnis von 2,9. Kein EU-Land, und vermutlich auch kein anderes Land der Welt, erreichte in den letzten 20 Jahren gleichere Einkommen.

Allerdings haben sich auch in Dänemark die Einkommensunterschiede seitdem erheblich vergrößert. Trotz höherer staatlicher Umverteilung sind die Einkommen dort heute ungleicher verteilt als in Deutschland Mitte der neunziger Jahre. Der Grund dafür dürfte darin liegen, dass Dänemark in den neunziger Jahren eine Arbeitslosenquote von 13 % aufwies und Reformen am Arbeitsmarkt durchgeführt hat, die eine Halbierung der Arbeitslosenquote ermöglichten. Mit dem Sinken der Arbeitslosenquote ging eine Vergrößerung der Einkommensunterschiede einher. Eine plausible Erklärung dafür ist, dass viele Arbeitslose durch Lohnzurückhaltung in Beschäftigung gebracht werden konnten. Da in der Regel weniger gut qualifizierte und weniger produktive Arbeitnehmer arbeitslos sind, betrifft die Lohnzurückhaltung vor allem Be-

schäftigte in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen.

Ein anderer Rekordhalter in Hinblick auf Einkommensgleichheit ist Schweden. In den siebziger Jahren zeigte sich auch dort, dass ein Übermaß staatlicher Eingriffe in die Einkommensverteilung zu Fehlentwicklungen führt, die wirtschaftspolitisches Gegensteuern erfordern.⁸ In den letzten 15 Jahren gelang es Schweden jedoch einen Gini-Koeffizienten unter 0,25 ohne Fehlentwicklungen wie Wachstumsschwäche oder hohe Arbeitslosigkeit aufrecht zu erhalten. Einen niedrigeren Wert hat kein EU-Staat dauerhaft erreicht. Ein Gini-Koeffizient von 0,25 war damit bisher das empirisch erfasste Höchstmaß an Gleichverteilung, das über einen langen Zeitraum mit hohem und wachsendem Wohlstand vereinbart werden konnte.

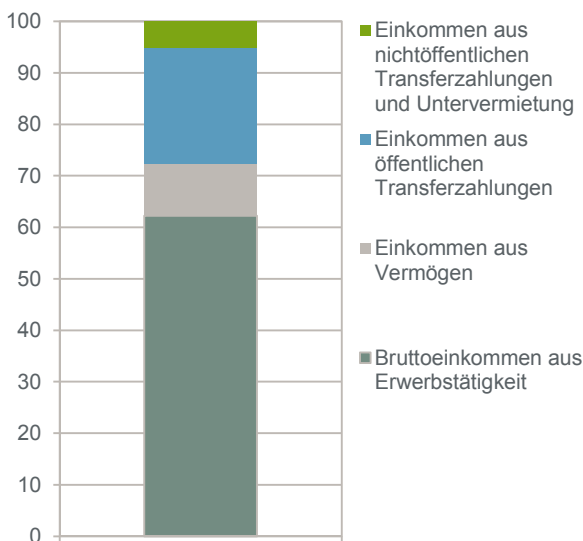
Deutschland erreichte von 1997 bis 2001 ebenfalls einen Gini-Koeffizienten von 0,25. Will man dieses Maß an Einkommensgleichheit wieder erreichen, ist es hilfreich zu klären, wo die Ursachen für die gestiegenen Einkommensunterschiede liegen.

Einkommensunterschiede resultieren vor allem aus Arbeitseinkommen

Von den Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland entfallen 62 % auf Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Grafik 6). Die zweitgrößte Einkommensquelle sind öffentliche Transferzahlungen mit einem Anteil von 23 %. Der Großteil der Transferzahlungen entfällt auf Renten und Beamtenpensionen. Vermögenseinkommen tragen dagegen nur zu 10 % zu den Haushaltseinkommen bei; hauptsächlich sind dies fiktive Mieteinnahmen aus selbstgenutztem Wohneigentum.⁹

Grafik 6: Einkommen aus Arbeit und Transferzahlungen sind Haupteinkommensquellen

Anteile am Haushaltsbruttoeinkommen in Prozent 2012



Datenquelle: Destatis.

In der vom Statistischen Bundesamt abgegrenzten oberen Einkommensgruppe (5.000 bis 18.000 EUR netto pro Monat)

machen die Erwerbseinkommen mehr als 70 % der Haushaltsnettoeinkommen aus.¹⁰ Der Anteil der Vermögenseinkommen liegt hier nur leicht über dem Durchschnitt. In der unteren Einkommensgruppe (bis 1.300 EUR) besteht das Haushaltsnettoeinkommen dagegen zu 65 % aus Transferzahlungen.

Einnahmen aus Vermögensverkäufen sind für den Konsum bedeutend

Einnahmen aus der Auflösung von Vermögen zählen nicht als Einkommen. Sie leisten jedoch einen erheblichen Beitrag zu den Gesamteinnahmen der Haushalte. In der oberen Einkommensgruppe belaufen sie sich durchschnittlich auf rund 1.700 EUR pro Monat bzw. 25 % der Haushaltsnettoeinkommen. In der unteren Einkommensgruppe machen sie mit etwa 240 EUR ebenfalls rund 25 % der Haushaltsnettoeinkommen aus. Sie sind für den Konsum der Geringverdiener allerdings weitaus bedeutsamer.

Denn während Haushalte in der oberen Einkommensgruppe durchschnittlich fast 40 % ihres verfügbaren Einkommens sparen, ist die Sparquote in der unteren Einkommensgruppe negativ; das heißt die Konsumausgaben der Geringverdiener übersteigen ihre verfügbaren Einkommen. Vor allem bei Rentnern, Pensionären und ehemals Selbstständigen trägt die Auflösung von Vermögen zum Lebensunterhalt bei. Die hohe Zahl der Geringverdiener, die keine Ersparnisse bilden, lässt daher ohne Gegensteuern bis 2030 eine erheblich steigende Zahl von Rentnern erwarten, die im Alter noch arbeiten müssen, wenn sie nicht eine Einschränkung ihres Lebensstandards in Kauf nehmen wollen.

Je höher der Berufsabschluss, umso höher das Einkommen

Die Höhe des Einkommens hängt maßgeblich vom Berufsabschluss ab. Bis zum 65. Lebensjahr bezieht ein Hochschulabsolvent durchschnittlich 2,3 Mio. EUR.¹¹ Wer eine Berufsausbildung ohne Abitur hat, erhält mit 1,3 Mio. EUR deutlich weniger. Beschäftigte ohne Berufsabschluss bekommen im Durchschnitt lediglich halb so viel wie ein Hochschulabsolvent (Grafik 7).

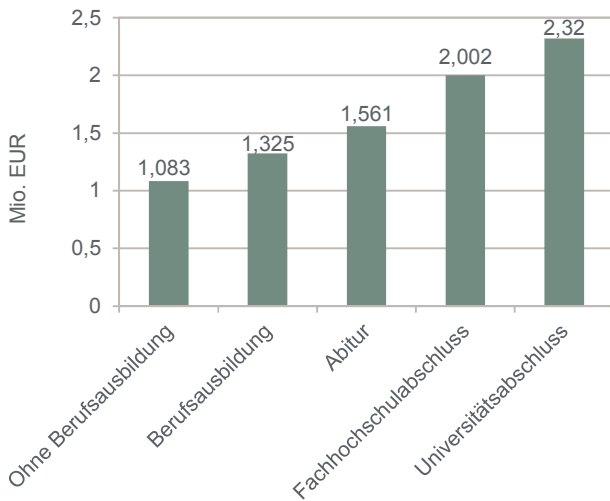
Man muss aber nicht studieren, um ein hohes Einkommen zu erzielen. Eine betriebliche Weiterbildung zum Meister oder Techniker kann sich zum Beispiel ebenso rentieren wie ein Hochschulstudium. Zwar liegen die Jahreseinkommen für Meister und Techniker im Durchschnitt niedriger, jedoch macht dies die deutlich kürzere Ausbildungsdauer wieder wett.¹²

Unterschiedliche Knappheiten verursachen Verdienstunterschiede

Die Verdienstunterschiede resultieren zu einem guten Teil daraus, dass hochqualifizierte Arbeitskräfte relativ knapp sind, während bei Geringqualifizierten ein hohes Überschussangebot besteht. Dies zeigt sich an den Arbeitslosenquoten.

Grafik 7: Je höher der Berufsabschluss, umso höher das Lebenseinkommen

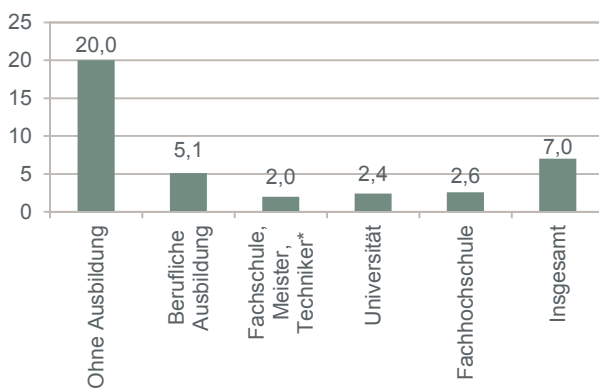
Einkommen vom 19. bis zum 65. Lebensjahr in Mio. Euro (Barwerte, Basisjahr 2010)



Quelle: IAB.

Bei Absolventen von Universitäten und Fachhochschulen beträgt die Arbeitslosenquote 2,4 bzw. 2,6 %, Langzeitarbeitslosigkeit ist kaum vorhanden (Grafik 8). Damit herrscht für Hochschulabsolventen Vollbeschäftigung.

Grafik 8: Arbeitslosenquoten nach Qualifikation 2013



* Erwerbslosenquote.

Quelle: IAB.

Für Meister und Techniker liegt die Arbeitslosenquote bei etwa 2 %. Sie stehen damit in Bezug auf Einkommen und Einkommensrisiko ebenso gut da wie Hochschulabsolventen. Von den Beschäftigten ohne Berufsabschluss sind dagegen 20 % arbeitslos, viele davon langzeitarbeitslos. Erschwerend kommt für Geringqualifizierte hinzu, dass Unternehmer auch für Tätigkeiten, die Angelernte oder Ungelernte ausüben können, bevorzugt Beschäftigte mit Berufsausbildung einstellen.

Im Dienstleistungssektor sind viele Arbeitsplätze mit geringer Produktivität entstanden

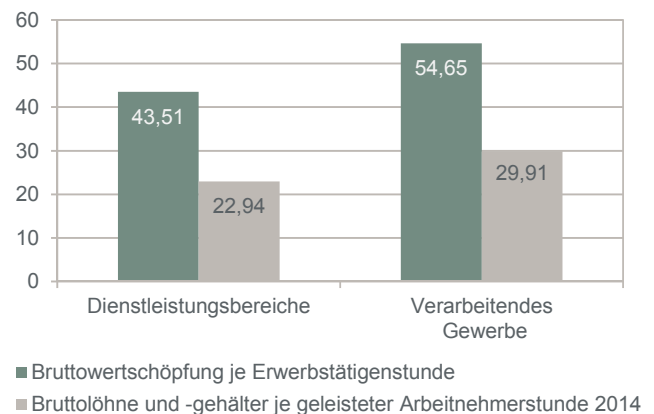
Welche Löhne und Gehälter Unternehmen den Beschäftigten

bezahlen, hängt auch von deren Arbeitsproduktivität ab. Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität (reales BIP je Erwerbstätigenstunde) hat sich gegenüber den 90er-Jahren halbiert. 1991 bis 2000 stieg die Arbeitsproduktivität pro Jahr um 2,1 %, von 2000 bis 2014 nur noch um 1 %. Dies schlägt sich in einem langsameren Wachstum der Löhne und Gehälter nieder, weil Tarifparteien und Unternehmen sich bei den Verhandlungen am Produktivitätswachstum orientieren.

Eine Ursache für das geringere Produktivitätswachstum liegt darin, dass im Dienstleistungssektor viele Arbeitsplätze mit relativ geringer Produktivität entstanden sind. Während die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe seit 1991 um mehr als 300.000 auf 7,5 Mio. zurückging, stieg sie im Dienstleistungssektor um gut 3,7 Mio. auf 31,5 Mio. Erwerbstätige an. Der Dienstleistungssektor hat im Durchschnitt eine geringere Arbeitsproduktivität und bezahlt im Durchschnitt auch geringere Löhne und Gehälter. 2014 lagen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde im Dienstleistungssektor bei 23 EUR, im Verarbeitenden Gewerbe bei 30 EUR (Grafik 9).

Grafik 9: Im Dienstleistungssektor sind Arbeitsplätze mit relativ geringer Produktivität und Entlohnung entstanden

Löhne und Gehälter, Produktivität 2014



Datenquelle: VGR.

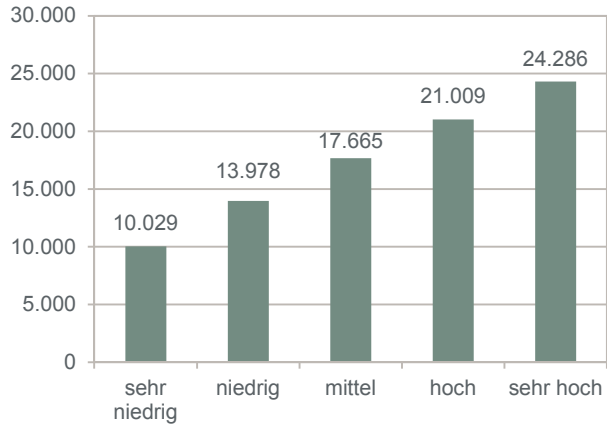
Je niedriger die Qualifikation, umso höher die Teilzeitquote

Auch der Wandel zur Teilzeitgesellschaft trägt zu den wachsenden Einkommensunterschieden bei. 2013 lag das Medianeinkommen für Haushalte mit niedriger Arbeitsintensität bei 13.978 EUR und für solche mit sehr hoher bei 24.286 EUR (Definition s. Grafik 10).

Die Unterschiede in der Arbeitsintensität gehen auf Teilzeitarbeit zurück. Die Teilzeitquote unter den 15 bis 64-jährigen Erwerbstätigen hat sich von 2000 bis 2014 von 19 auf 27 % erhöht. Für die unteren Bildungsabschlüsse bis Hauptschulabschluss stieg sie am stärksten von 22 auf 33 %. Für die oberen Bildungsabschlüsse Abitur und Hochschule erhöhte sie sich dagegen nur von 13 auf 16 %.¹³

Grafik 10: Wer mehr arbeitet, verdient mehr

Medianes Haushaltseinkommen nach Arbeitsintensität in Deutschland in EUR im Jahr 2013



Arbeitsintensität = Zahl der gearbeiteten Monate im Berichtsjahr geteilt durch die Zahl der Monate, während derer Arbeit möglich gewesen wäre. Teilzeitarbeit in Vollzeitäquivalente umgerechnet. Sehr niedrige Arbeitsintensität = maximal 20 %, sehr hohe Arbeitsintensität 85–100 %.

Datenquelle: Eurostat.

Der stärkere Anstieg der Teilzeitarbeit bei Beschäftigten mit niedrigem und mittlerem Berufsabschluss geht zu einem großen Teil auf Minijobs zurück. Minijobs bieten einen Anreiz zur Aufnahme geringfügiger Beschäftigung, da sie für die Beschäftigten von Abgaben befreit sind. Bis 2014 stieg die Anzahl der in Minijobs geringfügig Beschäftigten auf 7,5 Millionen, ein Drittel davon übten Minijobs als Nebenerwerb aus. Minijobber arbeiten überwiegend in Dienstleistungsbereichen für relativ geringe Löhne und Gehälter. Ein Drittel der Beschäftigten im Gastgewerbe und ein Viertel der Beschäftigten im Einzelhandel sind Minijobber.¹⁴

Nach den Erhebungen von Eurostat arbeiten 85 % aller Teilzeitbeschäftigten freiwillig Teilzeit, verzichten also freiwillig auf Einkommen. Fünfzehn Prozent würden lieber Vollzeit arbeiten.

Die Einkommenschancen hängen stark vom sozialen Milieu ab

Die beste Möglichkeit, ein hohes Einkommen zu erzielen, bietet somit ein hoher Berufsabschluss. Die Chancen für junge Menschen, einen hohen Abschluss zu erlangen, hängen stark von der Ausbildung der Eltern ab. Die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zeigt ein eindeutiges Bild:¹⁵

- 79 % der Kinder von Akademikern besuchen ein Gymnasium oder eine andere weiterführende Schule, aber nur 43 % der Kinder von Nichtakademikern.
- 77 % der Akademikerkinder studieren, aber nur 23 % der Nichtakademikerkinder.
- Von den Akademikerkindern mit Abitur studieren 84 %, von den Nichtakademikerkindern mit Abitur nur 37 %.

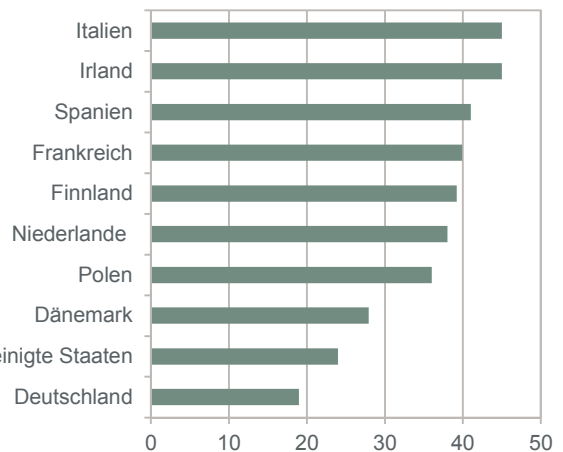
Die Erhebungen des Studentenwerks machen außerdem deutlich, dass die Finanzierung eines Studiums immer noch ein wesentliches Hindernis für Nichtakademikerkinder darstellt. Einen erheblichen Teil des Studiums finanzieren in der Regel die Eltern. Das Bafög deckt selbst bei voller Höhe meist nicht die monatlichen Ausgaben für Lebenshaltung und Studienmaterialien. Auch Wohnungsknappheit trifft Studierende besonders oft. Viele arbeiten neben dem Studium, wodurch sich das Studium häufig verlängert.¹⁶

2012 sah die Hälfte der Studierenden von Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss die Finanzierung ihres Studiums als nicht gesichert an. Bei Kindern von Akademikern lag der Anteil nur bei einem Fünftel.¹⁷ Der beträchtliche Finanzierungsbeitrag der Eltern dürfte dazu führen, dass insbesondere bei Nichtakademikern mit niedrigen und mittleren Einkommen Vorbehalte gegenüber einem Studium ihrer Kinder bestehen.

Untersuchungen der OECD zeigen, dass der Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand von Eltern und Kindern in Deutschland ausgeprägter ist als in vielen anderen Industrieländern. Nach einer Erhebung der OECD hatten in Deutschland 2012 nur 19 % der 25–34-Jährigen einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern. In Frankreich, Italien, Irland und Spanien waren es 40 % und mehr, in vier weiteren OECD-Ländern mehr als 35 % (Grafik 11).^{18 19}

Grafik 11: Der soziale Aufstieg ist in Deutschland schwieriger als in anderen Ländern

Soviel Prozent der 25–34-Jährigen hatten 2012 einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern



Quelle: OECD.

Auch in den USA erreicht im Vergleich zu Deutschland ein größerer Anteil junger Menschen einen höheren Abschluss als ihre Eltern. Daraus kann jedoch nicht auf eine größere Chancengleichheit geschlossen werden. Die Einkommenschancen in den USA hängen besonders stark von der ethnischen Herkunft ab.²⁰

Für die relativ geringe soziale Bildungsmobilität in Deutschland werden drei Ursachen mit verantwortlich gemacht:

- Professionelle frühkindliche Betreuung und Bildung wur-

de lange Zeit vernachlässigt. Auf den späteren Bildungserfolg hat sie jedoch nachweislich positiven Einfluss, gerade für Kinder, die in bildungsfernen Elternhäusern und in Migrantenhaushalten aufwachsen. In den letzten Jahren hat Deutschland erheblich nachgebessert. 2013 nahmen 92 % der 3-Jährigen an einer Vorschulbildung teil, von den 5-Jährigen 98 %. Mit abnehmender Bildung der Eltern fällt die Nutzung von frühkindlichen Betreuungsangeboten allerdings weiterhin ab.²¹ Das betrifft insbesondere Haushalte mit Migrationshintergrund. Da mittlerweile gut ein Drittel der unter 6-Jährigen über einen Migrationshintergrund verfügen und der Anteil weiter zunimmt, sind frühkindliche Sprachförderung und Vermeidung von Segregation von besonderer Bedeutung.²²

- Im dreigliedrigen Schulsystem (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) verhindern Vorbehalte von Lehrern oder Eltern relativ oft, dass Kinder eine höhere Schule als ihre Eltern besuchen können. In allen Bundesländern gab es Reformen, die jedoch noch nicht die gewünschten Erfolge erzielt haben.²³
- Eltern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen werden finanziell stärker belastet, wenn ihre Kinder einen höheren Bildungsabschluss erreichen wollen. Auch ideell können sie ihnen dabei in der Regel weniger Unterstützung bieten.

Auch für Kinder aus Migrantenhaushalten gelingt der soziale Aufstieg deshalb oft nicht. Haben beide Eltern einen Migrationshintergrund, machen die Kinder wesentlich seltener Abitur und häufiger einen Hauptschulabschluss, als wenn mindestens ein Elternteil keinen Migrationshintergrund hat.

Die Flüchtlingszuwanderung erhöht die Einkommensunterschiede

Es ist zu erwarten, dass die Einkommensunterschiede in Deutschland durch die hohe Flüchtlingszuwanderung weiter steigen werden. Zum einen, weil viele Zuwanderer gerade in den ersten Jahren Löhne und Gehälter beziehen, die am un-

teren Rand der Einkommenskala liegen. Zum anderen, weil viele zunächst arbeitslos sind und sich beruflich weiter qualifizieren müssen. Die Arbeitslosenquote für Zuwanderer aus Kriegs- und Krisenländern liegt derzeit bei rund 40 %. Erfahrungsgemäß dauert es bis zu fünf Jahre, bis die meisten Zuwanderer Arbeit gefunden haben. Viele nehmen zunächst an einer Ausbildung, Umschulung oder Nachschulung teil und können ihr Einkommen nach einigen Berufsjahren deutlich erhöhen.²⁴

Investitionen in die Aus- und Fortbildung der Zuwanderer bringen auch für die deutsche Wirtschaft Erträge. Denn einerseits trägt ihre Qualifizierung dazu bei, den Fachkräftemangel zu verringern. Andererseits werden qualifizierte Zuwanderer seltener arbeitslos als unqualifizierte. Die Arbeitslosenquote von Ausländern ist mit rund 15 % derzeit doppelt so hoch wie die gesamtwirtschaftliche. Der wesentliche Grund dafür ist der hohe Anteil Geringqualifizierter.

Investitionen in Humankapital erhöhen Einkommensgleichheit und Wachstum

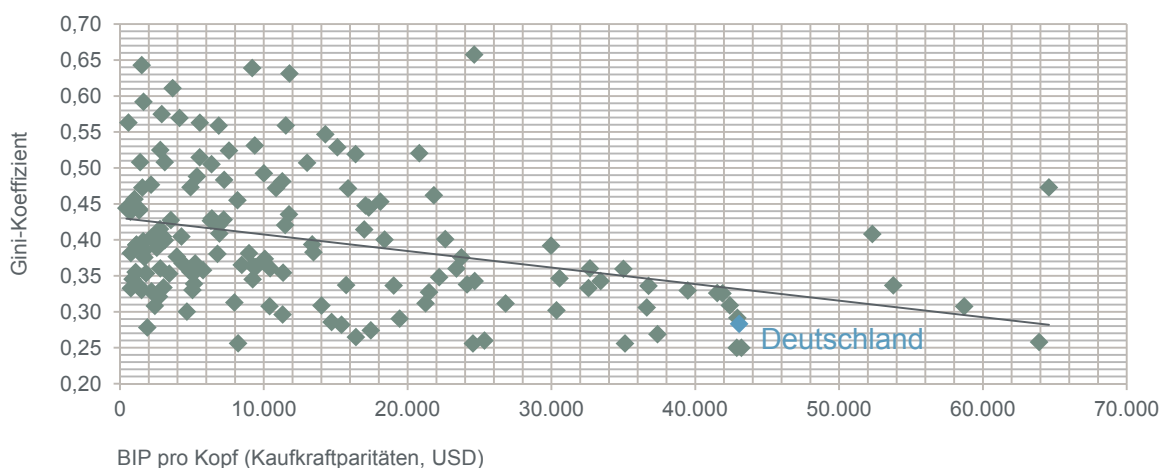
Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und Wirtschaftswachstum kommen zu widersprüchlichen Ergebnissen. Einigkeit besteht jedoch darüber, dass Investitionen in Humankapital sich in mehr Chancengleichheit und höherem Wachstum auszahlen.²⁵

Der Zusammenhang lässt sich bereits mit einer einfachen Grafik verdeutlichen (Grafik 12). Der internationale Vergleich für 146 Staaten zeigt eine klare Tendenz: Je höher das jährliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, umso gleichter sind die Einkommen verteilt.

Von den Ländern mit einem Pro-Kopf-BIP von mehr als 30.000 USD ergibt sich nur für drei der untersuchten Staaten ein Gini-Koeffizient von über 0,4: die USA (0,41), Katar (0,41) und Singapur (0,47).

Der Reichtum der wirtschaftlich am höchsten entwickelten

Grafik 12: Pro-Kopf-BIP und Einkommensverteilung für 145 Staaten: Je reicher, desto gleicher.



Daten nach Verfügbarkeit aus dem Zeitraum 2003 bis 2012.

Industriestaaten geht also regelmäßig mit hoher Einkommensgleichheit einher. Rechtsstaatliche Demokratien mit einem gut ausgebauten Bildungswesen, das allen Bürgern offen steht, und dem Recht auf freie Entfaltung der wirtschaftlichen Möglichkeiten gehören ausnahmslos zu den reichsten Staaten der Erde. Das dadurch geschaffene hohe Maß an Chancengleichheit stärkt das gesamtwirtschaftliche Wachstum und schafft eine wesentliche Voraussetzung für den Wohlstand von Nationen. Die nahe liegende Erklärung: In diesen Staaten können die Menschen ihr proproduktives Potenzial, ihr Humankapital, am besten entwickeln und einsetzen.

Ein Vergleich zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zeigt jedoch, dass der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Gleichheit nicht eindeutig ist. Das Pro-Kopf-BIP der Vereinigten Staaten ist mit 52.000 USD deutlich höher als das Deutschlands (43.000 USD). Gleichwohl sind die Einkommen in den USA erheblich ungleicher verteilt. Zum höheren Pro-Kopf-BIP der USA dürften zwei Ursachen wesentlich beitragen: Zum einen verfügen die USA über großen Rohstoffreichtum, zum anderen über einen wesentlich größeren Binnenmarkt ohne Handels- und Sprachbarrieren. Die hohe Einkommensungleichheit in den USA geht mit einer hohen Chancenungleichheit einher. Das spricht dafür, dass das Humankapital eher suboptimal genutzt wird.

Die Einkommensposition beeinflusst Lebenszufriedenheit und -erwartung

Ein hohes Maß an Chancen- und Einkommensgleichheit zahlt sich aber nicht nur in höherem Wirtschaftswachstum aus. Umfragen zur Lebenszufriedenheit deuten darauf hin, dass umso mehr Menschen mit ihrem Leben hoch zufrieden sind, je geringer die Einkommensunterschiede ausfallen.

Auf einer Skala von 1 bis 10 bewerteten 2013 die Haushalte im oberen Einkommensquintil in Deutschland ihre allgemeine Lebenszufriedenheit mit 7,9, Haushalte im unteren dagegen nur mit 6,3. Wie zu erwarten, besteht ein besonders großer Unterschied bei der Bewertung der finanziellen Lage. Die Haushalte im oberen Quintil bewerteten diese ebenfalls mit 7,9, die Haushalte im unteren dagegen nur mit 4,4. (Grafik 13).

Ein historischer Vergleich lässt erkennen, dass nicht die absolute Einkommenshöhe zu der geringeren Lebenszufriedenheit führt: Eine Befragung des DIW im Jahr 2013 ergab für Deutschland mit 7,4 eine ebenso hohe Lebenszufriedenheit wie 1984 für Westdeutschland.²⁶ Die Lebenszufriedenheit blieb auch in den Jahren dazwischen nahezu konstant. Das reale Pro-Kopf-Einkommen ist von 1984 bis 2013 jedoch um rund 50 % gestiegen und war 1984 ebenso hoch wie das heutige Haushaltseinkommen im unteren Quintil.²⁷

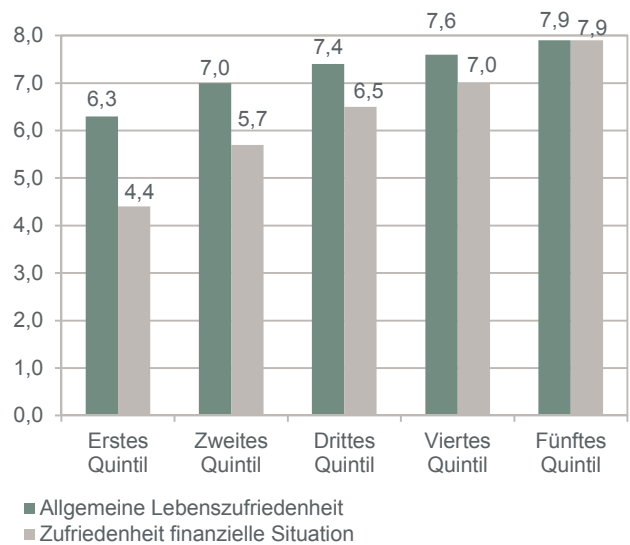
Für die geringere Lebenszufriedenheit der Niedrigverdiener ist aber nicht allein ihre Position in der Einkommenshierarchie verantwortlich und möglicherweise nicht einmal maßgeblich. Von größerer Bedeutung dürfte sein, dass sie relativ häufig arbeitslos, gesundheitlich beeinträchtigt, sozial

schlechter integriert und weniger aktiv sind.

Diese Nachteile und Verhaltensweisen verringern auch die Lebenserwartung. Eine Untersuchung des DIW ergab: In Haushalten, die mehr als 150 % des Medianeinkommens verdienen, haben Frauen im Alter von 65 eine Lebenserwartung von 85, Männer von 81 Jahren. In Haushalten mit weniger als 60 % des Medianeinkommens liegt die Lebenserwartung für Frauen um 8, für Männer um 11 Jahre niedriger.

Grafik 13: Die Lebenszufriedenheit steigt mit der Position in der Einkommenshierarchie

Lebenszufriedenheit in Deutschland nach Einkommensquintil



Datenquelle: Eurostat.

Die Ursachen für die geringere Lebenserwartung dürften kaum in der absoluten Einkommenshöhe liegen. Denn die Lebenserwartung der Portugiesen ist mit 81 Jahren ebenso hoch wie die der Deutschen, obwohl ihr medianes Haushaltseinkommen nur halb so hoch ist. Untersuchungen der Ursachen fanden ungesündere Lebensstile (unausgewogene Ernährung, Rauchen, weniger Sport und Vorsorgeuntersuchungen), Wohnen an verkehrsreichen Straßen, physische Arbeitsbelastungen, psychische Leiden, unter anderem durch Arbeitslosigkeit, fehlende soziale Netzwerke und Freizeitaktivitäten als andere Erklärungen.

Fazit und Schlussfolgerungen

Die Einkommensunterschiede in Deutschland sind in den vergangenen zwanzig Jahren größer geworden. Die Einkommen von Beschäftigten mit hohem Berufsabschluss sind deutlich stärker gestiegen als die Einkommen von Beschäftigten mit mittlerem Berufsabschluss und Geringqualifizierten.

Sollen die Einkommenschancen von Mittel- und Geringverdienern ursachengerecht verbessert werden, kann dies vor allem über einen besseren Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen und höherer beruflicher Qualifizierung erreicht werden. Internationale Untersuchungen zeigen, dass Investitionen in das Humankapital auch zu höherem Wirtschaftswachstum führen.

Eine andere Möglichkeit besteht in staatlicher Einkommens- und Vermögensumverteilung. Diese sollte jedoch so gestaltet werden, dass sie nicht zu Fehlentwicklungen wie Wachstumsschwäche oder steigender Arbeitslosigkeit führt, schon weil dies dem Ziel gleicherer Einkommen entgegen wirkt: Der empirische Befund belegt, dass wirtschaftliche Schrumpfung und schwaches Wirtschaftswachstum zu einer Zunahme der Ungleichheit führen.

Unter diesen Prämissen können folgende Handlungsempfehlungen gegeben werden:

1. Soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöhen, Brainwaste verringern:

- Bessere schulische Förderung und finanzielle Unterstützung von Kindern aus Familien mit mittlerem und niedrigem Einkommen bei der Erlangung von höheren Schul- und Berufsabschlüssen. Die Finanzierung sollte elternunabhängig möglich sein und alle Kosten decken. Die höheren staatlichen Hilfen könnten so gestaltet werden, dass sie bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu tragbaren Bedingungen zurückgezahlt werden müssen.
- Fortsetzung des Krippen- und Kita-Ausbaus. Für jedes Kind sollte ein kostenloser Krippen- und Kitabesuch möglich sein. Für Eltern mit geringem Bildungsstand und Migrationshintergrund sollten nötigenfalls Anreize oder Verpflichtungen geschaffen werden, davon Gebrauch zu machen.
- Weitere Reformierung des Schulsystems so, dass der Schulabschluss weniger vom sozialen Milieu der Eltern abhängt, ohne das Bildungsniveau insgesamt zu senken. Auch Softskills sollten vermittelt werden, z. B. positives und zielorientiertes Denken und Handeln sowie Kommunikations- und Teamfähigkeit, die für die persönliche Entwicklung und das berufliche Fortkommen wichtig sind. Zur Verbesserung der Integration von Migranten und des sozialen Friedens sollten auch das Verständnis für fremde Kulturen und Religionen sowie Toleranz und Kompromissbereitschaft gelehrt und gefördert werden.

- Ausbau von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen zur Schaffung der nötigen Infrastruktur, Einstellung von ausreichend qualifiziertem Personal.
- Gesundheitliche Bildung in die Schulbildung integrieren. Krankenkassen und Ärzteverbände befürworten dies schon länger. Es könnte die Lebenserwartung von Menschen aus bildungsfernen Schichten um bis zu 10 Jahre verlängern und die Kranken- und Pflegekassen von Kosten entlasten.
- Ausbildungs- und Beschäftigungspakt von Staat und Wirtschaft, um Arbeitslose und Zuwanderer zu qualifizieren, nach- und umzuschulen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Migranten sind in der Regel hoch motiviert und integrationsbereit, sofern sie eine sichere Bleibeperspektive haben.²⁸

2. Wachstumskonform Umverteilen:

- Reformierung von steuerlichen Regelungen, die dazu führen, dass Haushalte mit relativ geringem Einkommen und Vermögen mit höheren Sätzen besteuert werden können als Haushalte mit relativ hohem Einkommen und Vermögen. Ein erster Schritt dazu ist die Reform der Erbschaftssteuer im Sinne des Bundesverfassungsgerichtsurteils. Ein weiterer könnte die Umgestaltung des Ehegattensplittings in ein Familiensplitting sein, das sich auf Ehepaare mit Kindern beschränkt. Um die Akzeptanz dieser Reform zu erhöhen, könnte für bestehende Ehen das Ehegattensplitting weiter gewährt werden.
- Wirksamere Unterstützung der unteren Einkommensklassen bei der Vermögensbildung, insbesondere mit dem Ziel der Altersvorsorge. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Förderung. Bereits in der Schule sollten Grundkenntnisse der Vermögensanlage vermittelt werden, damit frühzeitig und verstärkt in Anlageformen mit gutem Risiko-Ertragsverhältnis investiert wird. Denn die hohe Vermögensungleichheit in Deutschland kommt auch daher, dass Vermögende hohe Renditen erzielen, während weniger Vermögende sich auf niedrig verzinsten Geldanlagen beschränken.²⁹ ■

Box 2: Verteilungsmaße – Biomarker der Gerechtigkeit

Die Berechnung von Verteilungsmaßen hat etwas mit ärztlichen Untersuchungen gemeinsam: Sie ist mit Unsicherheiten und Messfehlern verbunden. Ebenso wie medizinische Biomarker sollten die angezeigten Werte daher nicht zu vorschnellen Urteilen verleiten. Nicht hinter jeder Erhöhung des Gini-Koeffizienten und nicht hinter jedem Anstieg des S80/S20-Verhältnisses steckt eine sozialpolitische Lungenentzündung. Manchmal ist die Ursache harmlos, denn die Verteilungsmaße haben Schwächen:

Die Einkommensdaten werden in Stichproben erhoben und stellen Selbstauskünfte dar. Es gibt falsche Angaben, und Stichprobenfehler beeinträchtigen die Repräsentativität. Fehlende Daten werden entweder nicht berücksichtigt oder müssen geschätzt werden. Die jährlichen Schwankungen der Gini-Koeffizienten sind zum Teil auf solche unvermeidbaren

Erhebungsfehler zurückzuführen.

Die Verteilungsmaße lassen nicht erkennen, worauf die Einkommensunterschiede zurückzuführen sind. Nimmt die Einkommensungleichheit zu, weil mehr Menschen freiwillig Teilzeit arbeiten, ist dies anders zu bewerten, als wenn die Ursache Strukturwandel zu Ungunsten von Gering- und Mittelqualifizierten, eine Wiedervereinigung oder hohe Zuwanderung ist.

Die Verteilungsmaße werden auf Basis von Jahresdaten berechnet. Ergänzende Analysen von Lebenseinkommen würden die Aussagekraft erhöhen. Allerdings sind diese wesentlich aufwendiger zu erheben. Eine Untersuchung des DIW zeigt, dass die Einkommensunterschiede geringer ausfallen, wenn man Lebenseinkommen vergleicht (DIW Wochenbericht 49/2014).

Einkommensunterschiede sagen nur eingeschränkt etwas über Unterschiede in Lebensstandard und Konsum aus. So fallen die Unterschiede bei den Konsumausgaben wesentlich geringer aus als die Einkommensunterschiede, weil die Sparquote mit dem Einkommen erheblich steigt. Auch werden Sachtransfers, Vergünstigungen für Bedürftige, die Nutzung öffentlicher Infrastruktur und wertschaffende Freizeitaktivitäten nicht berücksichtigt.

Die Kaufkraft der Einkommen kann sich von Region zu Region beträchtlich unterscheiden. Zum Beispiel beträgt die durchschnittliche Wohnungskaltmiete in Frankfurt an der Oder 5,00 EUR, in Frankfurt am Main 10,20 EUR je Quadratmeter. Das heißt plakativ ausgedrückt: Für 300 EUR wohnt man an der Oder wie ein Fürstchen, am Main wie ein Würstchen.

¹ Addiert man den Geldwert sozialer Sachleistungen hinzu (rd. 75 % Gesundheit- und Bildungsleistungen), erhält man das verfügbare Einkommen nach dem Verbrauchskonzept. Dieses stieg in den letzten 20 Jahren real um 12 % je Einwohner. 2014 betrug es 25.300 EUR. Monetäre Sozialtransfers und soziale Sachleistungen zusammen machen rund 40 % des verfügbaren Einkommens nach dem Verbrauchskonzept aus.

² Die Angaben sind aus den Einkommenserhebungen von Eurostat entnommen und beziehen sich auf die Obergrenzen der Dezile. Für das 10. Dezil ist keine Obergrenze angegeben.

³ Die Einkommensspreizung, die eine frühere Untersuchung von KfW Research bereits feststellte, hat sich damit fortgesetzt. Vgl.: Bittorf, M. und A. Klein (2012), Einkommensverteilung und Bildung, KfW Research, Akzente Nr. 56.

⁴ Die von Eurostat ermittelten Gini-Koeffizienten stimmen in der Höhe und der Entwicklung weitgehend mit den Gini-Koeffizienten überein, die das DIW im Rahmen seines Soziökonomischen Panels für Deutschland erhebt. Für das Jahr 2000 weist das DIW im SOEP einen Gini-Koeffizienten für das Haushaltsnettoeinkommen von 0,255 aus, Eurostat von 0,25. Für 2011 ermittelte das DIW einen Gini-Koeffizienten von 0,288, Eurostat von 0,29. Aktuellere Daten waren aus dem SOEP bei Erstellung dieser Studie noch nicht verfügbar.

⁵ Erhebungen von Eurostat.

⁶ Weitaus stärker zeigt sich einer Untersuchung zufolge die zunehmende Lohn- und Gehaltsspreizung bei den DAX-Unternehmen. Eine Analyse an der Humboldt-Universität zu Berlin für die 30 DAX-Unternehmen hat ergeben, dass die Durchschnittsgehälter der Vorstände 1987 rund 14-mal so hoch waren wie die der Belegschaft. 2010 waren sie 49-mal so hoch. Es besteht noch Forschungsbedarf, worin die Ursachen für die enorm erhöhte Gehaltsspreizung zwischen Vorständen und Belegschaft liegen. Anzunehmen ist, dass sich weder der Arbeitseinsatz noch die Produktivität noch die Risiken von Vorständen und Belegschaft derart auseinander entwickelt haben. Auch ein Zusammenhang zwischen Vorstandsvergütung und Unternehmensperformance konnte generell nicht festgestellt werden. (J. Schwalbach et al (2011), Vergütungsstudie 2011, Vorstandsvergütung, Pay-for-Performance und Fair Pay DAX-30 Unternehmen.)

⁷ Gemäß Erhebungen der United Nations für den Human Development Index für 2003 bis 2012 und der OECD 2012.

⁸ Besonderes Aufsehen erregte dies im Fall der Kinderbuchautorin Astrid Lindgren im Jahr 1976. Lindgren rechnete aus, dass sie mehr Steuern und Sozialabgaben bezahlen sollte, als sie Einkommen erwirtschaftet hatte. Sie veröffentlichte daraufhin das Märchen „Pomperipossa in Monismanien“, das von einer Kinderbuchautorin namens Pomperipossa handelt, die zwar gern hohe Steuern für gute Sozialleistungen bezahlte, jedoch verzweifelte, als der Staat ihr nicht einmal mehr genug Geld für Salzheringe übrig ließ. Der schwedische Finanzminister spottete daraufhin, dass Frau Lindgren zwar Märchen erzählen, aber nicht rechnen könne. Astrid Lindgren revanchierte sich, indem sie dem Finanzminister vorschlug, den Job mit ihr zu tauschen, denn er sei es, der nicht rechnen, aber gut Märchen erzählen könne. Bei der Reichstagswahl 1976 trug sie zur Abwahl der damaligen Regierung bei, obwohl sie Anhängerin der Regierungspartei war.

⁹ Das Statistische Bundesamt schätzt diese für seine laufenden Wirtschaftsrechnungen für die privaten Haushalte und rechnet sie den Vermögenseinkommen zu.

¹⁰ Destatis (2008), Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15 Heft 6.

¹¹ Schmillen, A. und H. Stüber (2014), Bildung lohnt sich ein Leben lang, IAB-Kurzbericht 1/2014.

¹² IW Köln (2010), Auch Meister-Mühen zahlen sich aus, iw 38, S. 6f., 23. September 2010 sowie IW Köln 2012, Die Gehaltsgewinner, iw-Dienst Nr. 15, S.5., 12. April 2012.

¹³ Quelle für die Beschäftigtenzahlen: Eurostat.

¹⁴ Hohendanner, C. und J. Stegmaier (2012), Umstrittene Minijobs, IAB-Kurzbericht 24/2012.

¹⁵ Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013). Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland im Jahr 2012, S. 112.

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 252.

¹⁷ Vgl. ebenda, S. 248.

¹⁸ In Südkorea erreichten sogar 61 % der 25–34-Jährigen einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern. Südkorea ist damit einsamer Spitzenreiter in Hinblick auf Bildungsmobilität. Das koreanische Modell erscheint jedoch für Deutschland kaum nachahmenswert. In Korea üben Eltern und Lehrer einen hohen Druck auf die Kinder aus, damit sie einen möglichst hohen Bildungsabschluss erreichen, was sich Erhebungen zufolge in einer relativ geringen Lebenszufriedenheit und einer der weltweit höchsten Selbstmordraten unter koreanischen Kindern niederschlägt.

¹⁹ Und dies liegt nicht daran, dass es in Deutschland wenig Aufstiegsmöglichkeiten gäbe. Lediglich 23 % der Deutschen verfügen über einen Abschluss im Tertiärbereich, der durch ein Studium an einer Hochschule, Berufsakademie oder Fachschule erreicht wird. Die geringere Aufstiegsquote im Vergleich zu anderen Ländern kann allerdings teilweise damit erklärt werden, dass das Bildungsniveau in Deutschland bereits hoch ist. Hinzu kommt, dass einige Berufe in anderen Ländern ein Studium erfordern, während in Deutschland dafür eine betriebliche Ausbildung im Rahmen des Dualen Systems ausreicht. Dazu zählen zum Beispiel Pflegeberufe. Jedoch ist auch unter Berücksichtigung dieser Unterschiede die soziale Aufwärtsmobilität in Deutschland verbesserungswürdig. Zu diesem Ergebnis kommen z. B. Analysen der OECD und des Sachverständigenrates. (vgl. OECD (2012), Bildung auf einen Blick 2012 – OECD-Indikatoren 2012, Länderüberblick Deutschland, S. 3ff sowie OECD (2014) Bildung auf einen Blick 2014, Ländernotiz Deutschland, S. 7f. sowie Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015), Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt, Jahresgutachten 2015/16, S. 259.

²⁰ Allerdings hat sich auch in den USA die Chancengleichheit seit Mitte des 20. Jahrhunderts erheblich verbessert. So verfügten 1965 nur 27 % aller Afroamerikaner über einen Hochschulabschluss (mit einem deutschen Realschulabschluss vergleichbar) gegenüber 51 % der „weißen“ Amerikaner. 2013 hatten dagegen 85 % der Afroamerikaner einen Hochschulabschluss und 88 % der „weißen“ Amerikaner. Allerdings betrug das Durchschnittseinkommen der Afroamerikaner 2013 nur etwa 60 % des Durchschnittseinkommens der „weißen“ Amerikaner und die Arbeitslosenquote unter den Afroamerikanern war doppelt so hoch. Von den Hispanoamerikanern, die mehr als 16 % der US-amerikanischen Bevölkerung ausmachen, hat dagegen nur etwa die Hälfte einen Hochschulabschluss. Vom Einkommen und vom Bildungsstand am schlechtesten stehen die rd. 3 Millionen indianischen Ureinwohner dar. (Nagler, J. (2014), Gesellschaftsstruktur der USA, Informationen zur politischen Bildung Nr. 268/2013.)

²¹ Vgl. Europäische Kommission (Hrsg., 2014), Schlüsselzahlen zur frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung in Europa, Ausgabe 2014 sowie OECD (2015), Bildung auf einen Blick, Ländernotiz Deutschland.

²² Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014), Bildung in Deutschland 2014, S. 6.

²³ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014), Bildung in Deutschland 2014, S. 68f.

²⁴ IAB (2015), Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015, Aktuelle Berichte.

²⁵ Zu große Ungleichheit kann auch zu Verteilungskonflikten führen, die Investitionsanreize senken. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015), Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt, Jahresgutachten 2015/16, S. 236ff.

²⁶ Vgl. DIW (2013), Zufriedenheit in Deutschland so hoch wie nie nach der Wiedervereinigung – Ostdeutsche signifikant unzufriedener als Westdeutsche, DIW Wochenbericht Nr. 47/2013.

²⁷ Der Vergleich bezieht sich auf die Obergrenze des 1. Quintils, die in der Eurostat-Statistik ausgewiesen wird.

²⁸ Vgl. Leifels, A. (2015), Flüchtlingszuwanderung erfordert Investitionen in Wohnungen, Schulen und Köpfe, KfW Research, Akzente Nr. 108.

²⁹ Ein anschauliches Beispiel bietet Omas sprichwörtliches Sparbuch. Hätte Oma am 31.12.2000 in ein Wertpapier 10.000 EUR investiert, das die Kursentwicklung des MDAX nachbildet, hätte sie heute trotz Finanzkrise rund 40.000 EUR. Mit einem Sparbuch mit einer Durchschnittsverzinsung von 1,5 % p. a. hat sie lediglich 12.500 EUR. Selbst wenn Oma während der Finanzkrise hätte verkaufen müssen, hätte sie eine bessere Verzinsung als auf dem Sparbuch gehabt. Mit einem gemischten Portfolio aus festverzinslichen Wertpapieren und Aktien hätte sie mit hoher Sicherheit wenigstens eine Rendite von 5 % erzielen können, wodurch sie ein Vermögen von gut 20.000 EUR angespart hätte.